

Verschwörungstheorien statt Einsicht: Moutier kommt nicht zur Ruhe

Wochenkommentar



von Lotti Teuscher
Redaktorin

Es war ein symbolisches Bild, das nicht deutlicher sein könnte: Am Sonntag im Juni 2017, als Moutier über den Kantonswechsel entschied, befand sich der Versammlungsort der Projurassier auf dem Bahnhofplatz – mitten im Zentrum. Die Bernstreuen waren an den Rand des Industriegebiets verwiesen worden – einen Fussmarsch von 45 Minuten vom Zentrum entfernt.

Die Béliers von den Sangliers zu trennen, war eine Vorsichtsmassnahme, denn die Stimmung war angespannt. Doch die Proberner an die Stadtgrenze zu verbannen, war auch ein politisches Signal: In Moutier werden sie nicht gern gesehen. Dies zeigte sich ebenfalls im Stimmlokal. Es war an diesem Sonntag gerammelt voll, – doch in der Menge war kein einziger Bernstreuer auszumachen.

Die öffentlich gezeigte Aversion gegen die Sangliers war ein fatales Signal. Denn die Lager der Kontrahenten sind fast gleich gross: Bei einer Stimmbeteiligung von 88 Prozent (3997 Stimmen) gewannen die Projurassier nur mit 137 Stimmen mehr. Egal ob Moutier sich vom Kanton Bern trennt oder nicht, die politischen Gegner werden weiterhin zusammenleben müssen. Gemeindepräsident Marcel Winistoerfer versprach zwar vor der Abstimmung, sich um die Proberner zu kümmern, damit sich diese in Moutier weiterhin wohlfühlen – gehandelt hat er indes anders: Als glühender Befürworter des Kantonswechsels sagte er gegenüber der Öffentlichkeit vor der Abstimmung, dass die Béliers auf jeden Fall gewinnen würden. Ein Affront gegenüber den Bernstreuen.

Das Verhalten der projurassischen Regierung hatten die Sangliers am Abstimmungssonntag akzeptiert; Proteste gab es keine, allerdings wurden mehrere Einsprachen eingereicht. Diese Woche haben die Bernstreuen Recht bekommen. Die Abstimmung wurde nach einer minutiösen Untersuchung von der Regierungsstatthalterin Stéphanie Niederhauser annulliert. Denn das Verhalten etlicher Béliers liess kein anderes Verdikt zu.

Während des Abstimmungskampfs versprach der Gemeindepräsident den Stimmbürgern zum Beispiel, dass sich bezüglich öffentlicher Tagesschulen nichts ändern werde – wusste Winistoerfer tatsächlich nicht, dass der Kanton Bern zu diesem Angebot verpflichtet ist, nicht

aber der Kanton Jura? Die Regierungsstatthalterin wertete dies als Wahlmanipulation.

Noch schwerer wiegt, dass das Abstimmungsregister dem Kanton Bern nicht – wie mehrmals eingefordert – rechtzeitig zugestellt wurde, sondern erst am Tag vor der Abstimmung. Eine ordentliche Überprüfung des Registers war nicht mehr möglich. Nun ist belegt, was bereits kurz nach der Abstimmung befürchtet wurde: Mehrere Dutzend Personen hatten ihren Wohnsitz ausschliesslich für die Abstimmung nach Moutier verlegt; im Register waren selbst Verstorbene als Stimmbürger registriert.

Was einen bösen Verdacht aufkommen lässt: Wurden die Unterlagen zu spät eingereicht, weil die Projurassier in der Regierung befürchteten, dass der Abstimmungstourismus bei einer gründlichen Kontrolle vonseiten des Kantons auffliegen könnte? Auch dafür muss Winistoerfer als Gemeindepräsident die Verantwortung übernehmen. Konfrontiert mit dem Vorwurf der Regierungsstatthalterin, Moutier habe sich der unzulässigen Beeinflussung der Bevölkerung sowie eines unkorrekt geführten Stimmregisters schuldig gemacht, weisen die Béliers jegliche Verantwortung zurück: Verantwortlich sei eine Verschwörung des Kantons Bern; die Annullierung der Abstimmung wollen sie nicht akzeptieren. Aus diesem Blickwinkel scheint es logisch, das Verdikt der Regierungsstatthalterin bis vor die letzte Instanz zu ziehen.

Beharren die Béliers tatsächlich darauf, schaden sie jedoch ihrer eigenen Stadt: Die Bevölkerung wird noch jahrelang im Unwissen leben müssen, welchem Kanton sie dereinst angehören wird – der Konflikt schwelt weiter.

Potenzielle Investoren werden verunsichert, weil unklar ist, welche kantonalen Gesetze mittelfristig für sie gelten werden.

Das Verdikt der Regierungsstatthalterin bis vor das Bundesgericht zu ziehen, ist zwar das gute Recht der Projurassier – Vernunft sieht allerdings anders aus: Um Moutier nicht zu schaden, müsste die Annullierung der Abstimmung akzeptiert und darauf hin gearbeitet werden, dass es so rasch wie möglich zu einer erneuten Abstimmung kommt. Ob Winistoerfer dafür der geeignete Gemeindepräsident ist, sei dahingestellt.

lteuscher@bielertagblatt.ch

**Das Verdikt der
Regierungsstatthalterin
weiterzuziehen
ist das gute Recht
der Projurassier.
Vernunft sieht
allerdings
anders aus.**

Meinung

Auftragsmörder und Pädophile

Gedanken
zum Sonntag

von Valentin Abgottspon
Freidenker



Neulich kam mir wieder die Frage entgegen, ob wir in der Schweiz nicht «unsere christlichen Werte» vermehrt schützen müssten. Ich stelle dann gerne Gegenfragen wie: «Was sind denn christliche Werte?» und «Wieso sind das «unsere Werte?» Gehöre ich als Freidenker, Atheist und Humanist auch zu diesem «wir?» Unangenehm oft bekomme ich Antworten, die mir zu kurz gedacht sind. Und «Hexenverbrennung» wird nie als christlicher Wert oder Tradition genannt.

Klar: Wir müssen Werte wie Solidarität und Meinungsäusserungsfreiheit hochhalten, die Gleichberechtigung der Geschlechter als unverhandelbar herausstreichen und so weiter. Um das zu tun, muss aber weder unsere Gesellschaft noch unser Staatswesen irgendwie christlicher werden. Wenn wir von Menschenrechten, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit sprechen wollen, dann dürfen wir uns diese nicht als «christliche Werte» verkaufen lassen. Denn allzu viele Freiheitsrechte mussten ja gerade gegen die institutionalisierte Religion erkämpft werden. Wenn wir von Menschenrechten, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit sprechen wollen, dann nennen wir sie also doch einfach: Menschenrechte, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit!

Der Papst hat tatsächlich das Recht, Schwangerschaftsabbruch mit Auftragsmord gleichzusetzen oder zu vergleichen. Ich habe aber das Recht, solche Rede unangemessen und schädlich zu nennen. Ein gewisser Prophet hat gemäss religiöser Überlieferung eine Sechsjährige geheiratet und mit ihr, als sie dann neun Jahre alt wurde, die Ehe vollzogen. Ob man ihn als Pädophilen bezeichnen dürfe, hat gerade die Gerichte beschäftigt. Unabhängig von Gerichtsurteilen wäre es wertvoll,

Es wäre sinnvoll, wenn innerhalb der Religionsgemeinschaften mehr Kritik geübt würde. Und zwar nicht bloss an den eigenen Fundamentalisten, sondern auch an den eigenen Fundamenten.

wenn innerhalb der Religionsgemeinschaften mehr Kritik geübt würde. Und zwar nicht bloss an den eigenen Fundamentalisten, sondern auch an den eigenen Fundamenten. Unsere Werte, jene nämlich, welche für alle gültig sein sollen, sind es wert, dass wir um sie und für sie streiten. Wenn man dabei mit Begriffen wie «Auftragsmörder» oder «Pädophiler» um sich wirft, wird ein krasser Ton angeschlagen. Ein Zeichen einer erwachsenen Öffentlichkeit ist es, wenn auf derlei Anstössiges nicht mit Wut oder gar Gewalt reagiert wird. Wenn die Kritisierten nicht bloss eingeschlappt oder beleidigt reagieren, sondern im besten Sinn: Auch Anstössiges als Denkanstoss verstehen. Als Anlass zu einer Diskussion nehmen, die auch die Andersdenkenden gelten lässt. Das gilt für Befürworter der Fristenlösung genau gleich wie für Muslime. Ideen müssen nicht per se respektiert werden. Ideen haben keine Rechte. Menschen haben Rechte. Menschen haben Respekt verdient. Ideen hingegen, welche keine Kritik vertragen, verdienen meinen Respekt nicht.

Info: Valentin Abgottspon engagiert sich bei der Freidenker-Vereinigung für die Anliegen religionsfreier lebender Menschen. Er arbeitet als Lehrer und als humanistischer Ritualbegleiter. Er lebt in Lyss. Morgen wird Abgottspon in der SRF-Sendung Sternstunde Religion zum Thema Streitfrage Abtreibung zu sehen sein.

info@der-freie-redner.ch

Leserbrief der Woche

«Wo bleibt die Diskussion um die wirklichen Verkehrsprobleme Biels?»

Westast

Ich entnehme aus der Zeitung, dass sich die Westastgegner an den starken Eingriffen ins Stadtbild stören, falls der Westast nach dem offiziellen Projekt realisiert werden soll. Als ehemaliger Insider meine ich, dass da in dieser Kritik vieles untergeht. Das offizielle Projekt ist kein Projekt aus dem letzten Jahrhundert, wie es moniert wird. Im Gegensatz zu Projekten des letzten Jahrhunderts sind massive, begleitende Verkehrslenkungsmassnahmen vorgesehen: Der Durchgang von Mühlebrücke bis Neumarktplatz soll für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) unterbunden werden. Wer das Auto benutzen will, soll in Zukunft das Zentrum umfahren müssen. Als Folge soll etwa die Reuchettestrasse bis auf den ÖV verkehrsfrei werden. Allein diese stillgelegte Verkehrsfläche ist grösser als die Fläche, die für die Anschlüsse Bienne-Centre und Seedorf zusammen vorgesehen sind.

Als ehemaliger Insider meine ich, dass da in dieser Kritik vieles untergeht.

Kommt dazu, dass auch die Bernstrasse aufgehoben und die Ländtstrasse stillgelegt werden sollen. Diese ökologischen und städtebaulichen Mehrwerte werden von den Gegnern konsequent unter den Tisch gekehrt. Leider ist es ziemlich sicher ausgeschlossen, mit dem alternativen Westastprojekt ohne Anschlüsse solche radikalen Verkehrslenkungsmassnahmen umzusetzen, wie sie beim offiziellen Projekt vorgesehen sind. Der MIV wird bei den «Alternativen» also weiterhin durchs Zentrum fließen. Schon heute ist der ÖV in Biel an seinen Kapazitätsgrenzen, nicht wegen fehlender Busse (oder Trams), sondern weil es neben dem MIV keinen Platz mehr hat. Dasselbe gilt für den Langsamverkehr. Selbst wenn man annimmt, dass die neuen Projekte (Campus, Gurzelen ...) kein einziges neues Auto bringen, müsste für diese Leute die ÖV-Kapazitäten hochgefahren werden. Aber da steht man – wie gesagt – bereits heute an. Ich frage mich, wann in Biel endlich über die Verkehrsprobleme und vor allem über die notwendigen, in Zukunft zu erzielenden verkehrsfördernden Massnahmen diskutiert wird, und zwar einmal offen, ohne ideologische Scheuklappen. Niklaus Balzer, Bern